
Berichte

Gewerkschafter im Zehnten Deutschen Bundestag

Die Koalition aus CDU/CSU und FDP erhielt vom Wähler am 6. März den klaren Auftrag, für die Legislaturperiode des 10. Deutschen Bundestages bis 1987 die Regierung zu bilden. Christdemokraten und Liberale forderten die Bürgerinnen und Bürger auf, den wirtschaftlichen Aufschwung zu wählen. Diese wählten überwiegend, was sie sich wünschten. Die gleiche Wirkung stellte sich übrigens 1975 bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl ein; damals landete die SPD mit dem gleichen Slogan „Den Aufschwung wählen“ einen großen Sieg.

Der DGB ließ nichts unversucht, in den verschiedenen Phasen des „Winterwahlkampfes“ auf die zu lösenden Probleme der Gesellschaft und auf die Lage der Arbeitnehmer hinzuweisen. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit mahnte bei zahllosen Veranstaltungen immer wieder, daß die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit oberstes innenpolitisches Ziel aller Verantwortlichen in der Bundesrepublik sein müsse. „Arbeitslosigkeit wirkt sich nicht nur direkt auf die Betroffenen aus“, so warnte er, „sie stellt auch die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung in Frage und nährt Zweifel am demokratischen und sozialen Rechtsstaat.“ Mit einem Plädoyer für die 35-Stunden-Woche zeigte der DGB an, daß er im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit den Vorrang vor einer verkürzten Lebensarbeitszeit geben würde. Immer wieder wiesen Gewerkschafter in ihren Reden und Beiträgen auf den katastrophalen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit hin und auf die Tatsache, daß bisher Politik und Wirtschaft in diesen Bereichen versagt hätten.

In den Wahlkampf hinein lief auch die vom DGB gestartete Mitbestimmungsaktion. Die im DGB organisierten Kandidaten für die Wahl zum 10. Deutschen Bundestag wurden aufgefordert, nach dem 6. März im Deutschen Bundestag eine „Mitbestimmungs-Fraktion“ zu bilden.

Am 12. Januar 1983 beschloß der DGB-Bundesvorstand die „Wahlprüfsteine 83“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Vier Themen wurden aufgegriffen und den Parteien und Kandidaten als Forderung des DGB zugeleitet: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Demokratisierung der Wirtschaft, Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Frieden und Entspannung. Ernst Breit konnte darauf hinweisen, daß am Beschluß zur Veröffentlichung dieser „Wahlprüfsteine“ Gewerkschafter unterschiedlicher parteipolitischer Zugehörigkeit beteiligt waren, und er würdigte diese Tatsache als Zeichen dafür, daß die Grundlagen der Einheitsgewerkschaft gefestigt und intakt sind.

Deutliche Mehrheit für CDU/CSU und FDP

Der 6. März brachte bei der Wahl eine außerordentliche hohe Wahlbeteiligung und der Koalition aus CDU/CSU und FDP eine komfortable Mehrheit:

Zusammensetzung nach Fraktionen

	Männer	Frauen	zusammen
CDU/CSU	238 (10)	17 (1)	255 (11)
SPD	181 (8)	21 (1)	202 (9)
FDP	32 (1)	3 (–)	35 (1)
DIE GRÜNEN	17 (–)	10 (–)	27 (–)
fraktionslos (AL Berlin)	1 (1)	–(–)	1 (1)
	469 (20)	51 (2)	520 (22)

Abgeordnete aus Berlin in Klammern

Der DGB wies am 7. März die Koalition auf ihre Verantwortung hin und auch auf die Tatsache, daß in einer parlamentarischen Demokratie Beiträge der Opposition zur Lösung der Kernprobleme von größter Bedeutung sind.

Zusammensetzung des 10. Deutschen Bundestages

Rund 38 Millionen Bundesbürger wählten in den 10. Bundestag 102 Neuparlamentarier. Das Amtliche Handbuch des Deutschen Bundestages für die 10. Wahlperiode liegt zur Zeit noch nicht vor, so daß die Personalangaben der Bundestagsneulinge noch dünn sind. Erste Übersichten lassen jedoch Schlüsse, auch Erwartungen und Befürchtungen zu. Die Zahl der in einer DGB-Gewerkschaft organisierten Abgeordneten ist von 239 im 9. Deutschen Bundestag am 6. März auf 225 gesunken. Auch 1969, 1972 und 1976 gab es jeweils eine stärkere „DGB-Fraktion“ im Parlament. Angesichts einer Organisationsquote für den DGB in der SPD-Bundestagsfraktion, die über viele Wahlperioden hinweg bei über 95 Prozent lag, mußten sich der Wahlausgang und die damit verbundenen Mandatsverluste dieser Fraktion stark auf die Statistik auswirken. Für die 10 Wahlperioden des Parlaments ergibt sich folgendes Bild:

Gewerkschaftlich organisierte Bundestagsabgeordnete seit 1949

Bundestag	I. 1949	II. 1953	III. 1957	IV. 1961	V. 1965	VI. 1969	VII. 1972	VIII. 1976	IX. 1980	X. 1983
Zahl der Abgeordneten einschl. Berlin	420	506	519	521	518	518	518	518	519	520
gewerkschaftlich organisiert	115	194	202	223	242	286*	318	328	322	311
davon SPD	80	142	154	179	188	215	227	209	219	192
CDU/CSU	22	47	46	41	51	47	44	22	17	19
übrige Parteien	13	5	2	3	3	3	6	5	3	14
davon in DGB-Gewerkschaften	106	168	172	185	197	227	250	236	239	225
in anderen Organisationen wie DAG, CGB, DBB, DJV, VLA	9	26	30	38	45	38	29	91	84	86

* = ab VI. Bundestag Zahlen mit DBB, der keine Gewerkschaft im Sinne des Tarifvertragsgesetzes ist, aber bei sonstigen Statistiken im Parlamentsbereich mitgeführt wird.

Blättert man im Auszug von „Kürschners Volkshandbuch“ für die 10. Wahlperiode, das aufgrund des vorläufigen Endergebnisses vom 6. März 1983 vorab zusammengestellt wurde, fällt auf, daß, verglichen mit der vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden veröffentlichten Liste der Wahlbewerber, die SPD bei der Wahl die meisten ihrer prominenten Abgeordneten halten konnte. Nicht mehr kandidierten Herbert Wehner und Georg Leber. Der Fraktionsvorsitzende der SPD gehört der Gewerkschaft Textil-Bekleidung an. Er gestaltete deutsche Geschichte mit und war immer ein zuverlässiger Partner des DGB und seiner Gewerkschaften. Die Liste der Ziele der Arbeiterbewegung und der Forderungen des DGB, die Herbert Wehner als Motor in seiner Partei und als Fraktionsvorsitzender in Politik umsetzte, ist umfangreich. Georg Leber war seit Oktober 1957 Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied des Bundestages, 1966 Bundesminister für Verkehr, 1969 Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen, 1972 Bundesminister für Verteidigung, 1979 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Georg Leber ist eine bedeutende Gestalt in der Geschichte der Arbeiterbewegung für die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts.

DGB-Gewerkschaftsflügel zahlenmäßig geschwächt

Der Fraktion der SPD gehören im 10. Bundestag die Vorsitzenden Adolf Schmidt (Industriegewerkschaft Bergbau und Energie), Hermann Rappe (Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik) und Ernst Haar (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands) an. Unter den Rückkehrern in das Parlament fallen Dr. Hans-Jochen Vogel (ÖTV) und Dr. Peter Glotz (ÖTV) auf. Bei den Neulingen sind Manfred Lahnstein (ÖTV) zu finden und Volker Jung, der bisherige Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Neunzehn „Hauptamtliche“ in der SPD-Fraktion können ihre gewerkschaftliche Erfahrung in das Parlament einbringen. Allerdings sank die Zahl der im DGB organisierten Abgeordneten insgesamt um 25.

Geringfügig angewachsen ist der „DGB-Gewerkschaftsflügel“ bei den Unionsparteien im Deutschen Bundestag von 17 auf 19. Bei einem Gesamtzuwachs von 18 Mandaten für die Christdemokraten muß aber davon ausgegangen werden, daß der linke Flügel nicht wuchs, daß dagegen der rechte Flügel, der nachhaltig für die „Marktwirtschaft“ eintritt, gestärkt wurde. Der Wirtschaftsrat, eine „Traditionskompanie“ der Union, verfügt nun über 42 Mandate.

Vom 2. bis 7. Bundestag waren bei den Unionsparteien jeweils 40 DGB-organisierte Abgeordnete zu zählen. Eine zukünftige Verstärkung der „Gewerkschaftsfraktion“ des Bundestages kann über die Fraktion der CDU/CSU nur dann erfolgen, wenn man sich in diesem politischen Lager entschließt, mehr organisierte Arbeitnehmer als Kandidaten bei kommenden Bundestagswahlen aufzustellen. In der gegenwärtigen Fraktion ist nach seinem Berliner „Zwischenspiel“ Dr. Norbert Blüm, alter und neuer Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, prominenter Rückkehrer in das „Hohe Haus“.

Für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik wird die Arbeit wichtig werden, die der Arbeitnehmerflügel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den kommenden vier Jahren erbringen kann. In diesem Gremium waren zwischen dem 5.-9. Bundestag

jeweils 55—60 Unionsabgeordnete versammelt, die sich zum Teil auch ohne Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft mit Arbeitnehmerzielen solidarisch erklärten. Die vorläufige Fraktionsliste von Ende März 1983 weist 54 Namen aus. Zu hoffen bleibt, daß es in dieser für den DGB so wichtigen Gruppe zu keiner Stagnation kommt. Diese Arbeitnehmergruppe könnte profitieren vom Engagement ihres Vorsitzenden, des Werkzeugmachers Otto Zink (IG Metall) und von der aus Jahrzehnte resultierenden Erfahrung von Adolf Müller (HBV), der zudem noch stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist. Adolf Müller war von 1958-1978 stellvertretender Landesvorsitzender des DGB in Nordrhein-Westfalen und u. a. auch Mitglied des Bundesvorstandes der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft.

Aus dem Blickwinkel des DGB bietet die FDP des 10. Bundestages ein völlig verändertes Bild. Neunzehn Abgeordnete weniger; Linksliberale ohne Einfluß; unter den „Neuen“ überproportional viele Unternehmer und betonte Mittelständler. Ein einziger Abgeordneter dieser gebeutelten Fraktion gehört einer DGB-Gewerkschaft an. Vermissen wird der Beobachter zukünftig die Stimmen von Helga Schuchardt (ÖTV), Hansheinrich Schmidt (GEW). Diese beiden Abgeordneten, die auch bewußt Gewerkschafter waren, kandidierten nicht mehr.

Über 28 Sitze verfügt die Fraktion „DIE GRÜNEN“ seit März 1983 im Bundestag. Dreizehn Abgeordnete sind DGB-Mitglieder. Zwölf Abgeordnete sind Lehrer, Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter, fünf Freiberufler und Journalisten, drei Angestellte und Arbeiter, zwei Beamte, zwei Diplomingenieure, zwei Rentner, ein Gewerbetreibender und ein Friedensforscher. In welcher Breite diese Fraktion bereit sein wird, die Anliegen des DGB zu beantworten, läßt sich am Beginn der 10. Wahlperiode noch nicht übersehen. Die bisherigen Debatten des 10. Deutschen Bundestages deckten nur Teilbereiche der Politik ab.

Bunte Berufspalette in den Fraktionen des Bundestages

„Nach einer ersten Übersicht der beruflichen Zuordnung der Abgeordneten steht fest“, das stellte das Presse- und Informationszentrum des Bundestages schon kurz nach der Wahl dar, „daß auch im 10. Bundestag der öffentliche Dienst mit Abstand an der Spitze steht.“ Welch starkes Gewicht die Beamten-Abgeordneten im DGB haben, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Wie bisher stehen die Abgeordnetenmitglieder der ÖTV in der Statistik weitaus an der Spitze. Ihre Zahl betrug im 7. Bundestag 106, im 8. Bundestag 97, im 9. Bundestag 101 und im 10. Bundestag 87. Rechnet man die Gruppe der Abgeordneten-Gewerkschafter der ÖTV, GEW, GdED und Postgewerkschaft zusammen, kommt man auf eine Zahl von 137. Diese Zahl ist, gemessen mit der Gesamtzahl der DGB-organisierten Abgeordneten, recht hoch.

Starkes Gewicht der Beamten-Abgeordneten

Heino Kaack hat als wichtigen Grund für die auch in Zukunft nicht abzubauen quantitative Überrepräsentation des öffentlichen Dienstes in den Parlamenten die Politiknähe mancher Berufe bezeichnet, die einen tatsächlichen oder vermeintlichen Wissensvorsprung um politikrelevante Tatbestände bringt, der dann schon bei der

DGB-organisierte Abgeordnete des 10. Deutschen Bundestages nach Mitgliedsgewerkschaft und Fraktionen (Stand: 1. April 1983)

	SPD	CDU/ CSU	FDP	Die Grünen	Gesamt
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	76	8	1	2	87
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	33	1	–	7	41
IG Metall	25	5	–	3	33
IG Druck und Papier	16	–	–	–	16
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen	11	2	–	–	13
IG Bergbau und Energie	8	–	–	–	8
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands	6	1	–	–	7
IG Bau, Steine, Erden	7	1	–	1	9
Deutsche Postgewerkschaft	2	–	–	–	2
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2	–	–	–	2
IG Chemie, Papier, Keramik	2	–	–	–	2
Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten	1	–	–	–	1
Gewerkschaft Textil-Bekleidung	–	–	–	–	–
Gewerkschaft Holz und Kunststoff	1	–	–	–	1
Gewerkschaft Kunst	–	1*	–	–	1
Gewerkschaft Leder	1	–	–	–	1
Gewerkschaft der Polizei	1	–	–	–	1
Insgesamt:	192	19	1	13	225

*) RFFU

Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen durch die Delegierten einen Stimmenvorsprung bedeuten kann.

Sehr sorgfältig hat Ministerialrat Dr. Adalbert Hess aus der Verwaltung des Deutschen Bundestages die Kritik am hohen Beamtenanteil in deutschen Parlamenten untersucht. Seine Arbeiten führten zu der Erkenntnis, daß starke Beamtenanteile in Parlamenten ein Ergebnis der Deutschen parlamentarischen Tradition sind. In der Deutschen Nationalversammlung von 1848 saßen rund 52 Prozent Beamte; im Preußischen Abgeordnetenhaus zur Zeit des Verfassungskonfliktes (1862—1866) vertraten die rund 47 Prozent Beamten, zum Teil unter persönlichen Risiken und Opfern (Entlassungen, Strafversetzungen), fast alle die Rechte und Vorstellungen ihrer Wähler gegen die Politik Bismarcks. Wenn heute etwa 40 Prozent der Parlamentarier des 10. Deutschen Bundestages aus dem öffentlichen Dienst kommen, so sind die bisher ausgeübten Funktionen so unterschiedlich, bestimmen die Fraktionen in der Gesetzgebung die Richtung, daß man die Gruppe der Beamten unter keinen Umständen als geschlossene Interessengruppe darstellen kann, die eigene Ziele und Sozialdaten im Auge hat. Berechtigt ist aber der Appell an die im Bundestag vertretenen Parteien: Bei zukünftigen Wahlen sollten mehr Arbeiter kandidieren!

Klaus Richter, Leiter der Verbindungsstelle des
DGB in Bonn

